



## Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 29.01.2020, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

**TOP 1**

**Gestaltungsbeirat - Nachbesetzung**

**Vorl.Nr. 446/19**

---

### **Beschluss:**

Mit Ende diesen Jahres, am 31.12.2019, endet die Mitgliedschaft von **Herrn Rein-Cano** im Gestaltungsbeirat. Zum nächsten Jahr, ab 01.01.2020, wird **Frau Prof. Susanne Burger** als Sachverständige in den Gestaltungsbeirat berufen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:     Stadtrat Haag  
                          Stadtrat Lutz  
                          Stadträtin Dr. Traub

### **Beratungsverlauf:**

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Vor Eintritt in die Tagesordnung setzt er Tagesordnungspunkt 8 ab. Nachdem es keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt, ruft er Tagesordnungspunkt 1 auf.

OBM **Dr. Knecht** begrüßt Herrn Rein-Cano und dankt für sein Engagement. Der Gestaltungsbeirat habe sich als wichtiges unterstützendes Gremium im Rahmen der Bauplanung und für die Stadtentwicklung etabliert. Die Empfehlungen seien eine wichtige Richtschnur für die Entscheidungen. Weiter richtet OBM Dr. Knecht persönliche Worte an Herrn Rein-Cano. Lobend erwähnt er insbesondere seine Beratung in der Freiflächengestaltung und erwähnt einige Projekte.

Herr **Rein-Cano** dankt für die lobenden Worte. Im Gestaltungsbeirat sei zielgerichtet, motiviert, leidenschaftlich und mit einer Offenheit für die unterschiedlichen Blickwinkel gearbeitet worden, so Herr Rein-Cano.

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Bauer** dankt Herrn Rein-Cano für die ungewohnten Einblicke in Stadtgestaltung und Architektur. Gerade dies bringe gute Ergebnisse. Weiter geht er auf die Rolle des Gestaltungsbeirates als Empfehlungsgremium und seine Grenzen ein. Seine Fraktion werde gerne der Vorlage zustimmen, da durch die Nachfolgerin sicherlich wieder neue Impulse gewonnen

werden.

Wenn wirtschaftlich vertretbar und sinnvoll für das Stadtbild sollen alte Gebäude erhalten bleiben, so Stadtrat **Braumann**. Hierzu habe Herr Rein-Cano einen wichtigen baukulturellen Beitrag geleistet und spricht seinen Dank aus. Auf die Zusammenarbeit mit der Nachfolgerin freue er sich.

Stadträtin **Moersch** spricht ebenso dankende Worte aus. Weiter geht sie auf die Gestaltung und Erhaltung der historischen Bausubstanz in der Stadt ein. Viele Projekte habe man erfolgreich beendet und freut sich auf die Zusammenarbeit mit der Nachfolgerin.

Stadtrat **Juranek** wünscht Herrn Rein-Cano alles Gute, spricht seinen Dank aus und freut sich auf die weitere Arbeit im Gestaltungsbeirat.

Der Gestaltungsbeirat sei für die Stadt ein wichtiges Instrument, merkt Stadtrat **Eisele** an. Er dankt Herrn Rein-Cano für seine Arbeit.

Herrn Rein-Cano sei im Gestaltungsbeirat ein Lichtblick gewesen und dankt für die gemeinsame Zeit, so Stadträtin **Burkhardt**. Der Gestaltungsbeirat sei in der Sitzungslandschaft wichtig.

BMin **Nießen** spricht ebenso ihren Dank aus. Sie dankt zudem dem Gremium für das positive Feedback zur Arbeit des Gestaltungsbeirates. Öffentlich finde ein Austausch zur Arbeitsweise des Gestaltungsbeirates und dem Umgang mit Empfehlungen am 31.01.2020 statt.

OBM **Dr. Knecht** lässt über die Vorlage abstimmen.

**Beschluss:**

1. Änderungsanträge der Kindertageseinrichtungen:
  - 1.1. Den beantragten Änderungen des Betreuungsangebots laut Anlage 1 für das Kindergartenjahr 2020/21 wird zugestimmt.
  - 1.2. Dem Personalmehrbedarf in städtischen Einrichtungen von 0,23 Stellen wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Haag  
Stadträtin Dr. Knoß  
Stadtrat Lutz  
Stadträtin Dr. Traub

**Beratungsverlauf:**

EBM **Seigfried** weist auf den einstimmigen Beschlussvorschlag des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales hin und merkt an, dass eine grundlegende Fortschreibung aufgrund demographischer Veränderungen im April erfolge.

Nachdem eine Aussprache nicht erwünscht wird, lässt OBM **Dr. Knecht** über die Vorlage abstimmen.

---

**abweichender Beschluss:**

1. Das strategische Fachkonzept iKEK (integriertes Klimaschutz- und Energiekonzept) wird als informelle Planung nach § 1 Abs. 6, Nr. 11 BauGB beschlossen. Es wird somit bei künftigen Abwägungsprozessen eingebracht und beachtet. *Bei der Aufstellung von Bauleitplänen ist von der Verwaltung künftig ausdrücklich anzuführen, welche Vorgaben aufgrund des integrierten Klimaschutz- und Energiekonzeptes erfolgt sind.*

2. Die Verwaltung nimmt die Ziele und Maßnahmen des strategischen Fachkonzeptes integrierter Klimaschutz und Energie in die thematischen Masterpläne des Stadtentwicklungskonzeptes auf und schafft damit die Voraussetzungen für eine zielgerichtete und transparente Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen. Für die konkrete Umsetzung einzelner Maßnahmen mit entsprechenden Kostenfolgen sind jeweils gesonderte Beschlüsse in den gemeinderätlichen Gremien erforderlich.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss zu Ziffer 1 wird mit 30 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Der Beschluss zu Ziffer 2 wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Haag  
Stadtrat Lutz  
Stadträtin Dr. Traub

**Beratungsverlauf:**

BMin **Nießen** verweist auf die Vorlage 513/19, führt in das Thema ein, erläutert den Sachverhalt, geht auf die Diskussion im Ausschuss für Stadtentwicklung, Hochbau und Liegenschaften am 16.01.2020 ein und weist auf den abweichenden Empfehlungsbeschluss hin.

Im Anschluss erläutert Herr **Hertle** (ifeu Institut für Energie und Umweltforschung) anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigelegt ist, das Konzept. Er greift einzelne Maßnahmen heraus. Eine detaillierte Erläuterung aller Maßnahmen sei zu zeitintensiv.

OBM **Dr. Knecht** weist auf die ausgelegte Broschüre „Kleine Gase- Große Wirkung/ der Klimawandel,, hin. Im Rahmen des Strategieprozesses werde man sich mit den einzelnen Maßnahmen beschäftigen und eröffnet die Aussprache.

Eine breite Unterstützung durch den Gemeinderat sei für die Bürgerschaft wichtig, so Stadtrat **Prof. Vierling** und merkt kritisch die Haltung der CDU-Fraktion an. Er geht weiter auf den kommunalen Klimaschutz und auf die Frage der Generationengerechtigkeit ein. Er dankt dem ifeu Institut für das Konzept. Es sollen schnell Handlungsprogramme umgesetzt werden. Im Bereich Mobilität hätte er sich deutlich größere Änderungen gewünscht. Um den globalen Temperaturanstieg zu begrenzen, befürchte er die Notwendigkeit eines früheren Termins zur Klimaneutralität.

---

Stadtrat **Herrmann** bittet um eine getrennte Abstimmung zu Ziffer 1 und 2. Ziffer 1 werde seine Fraktion ablehnen. Durch den Antrag der Freien-Wähler-Fraktion sei eine kleine Verbesserung erfolgt. Das Konzept sehe er als Leitlinie, Anregung für die weitere Arbeit und Ideenwerkstatt. Das Werk sei ausführlich und beinhalte deutliche Verbesserungen. Viele Maßnahmen könne er mittragen. Vieles sei bereits erreicht und verbessert worden. Er geht weiter auf die Maßnahmen ein, die im Konzept nicht enthalten seien. Hierzu gehören die Ortsumfahrungen. Die Maßnahmen zum Klimaschutz müssen weltweit, europaweit und national umgesetzt werden.

Das Konzept sei eine Fortschreibung des Klimaschutzpaketes, merkt Stadtrat **Rothacker** an. Viele Maßnahmen seien bereits umgesetzt. Das Thema Mobilität solle alle Verkehrsteilnehmer berücksichtigen. Ideologien sollen nicht im Vordergrund stehen. Man brauche eine freiwillige Bereitschaft für Veränderungen. Er hoffe heute auf einen einstimmigen Beschluss und plädiert an die CDU-Fraktion.

Stadtrat **Juranek** stimmt seinem Vorredner zu. Er wünscht sich ebenso eine positive gemeinsame Verabschiedung und wird dem geänderten Empfehlungsbeschluss zustimmen. Es müsse ein Umdenken stattfinden. Das Programm greife in alle Lebensbereiche ein. Das Handlungsfeld Bildung und Sensibilisierung sei besonders wichtig. Strategie, Planung, Finanzierung und Organisation müsse geklärt werden. Die Kommune müsse ein Vorbild sein. Die Umsetzung werde Personal binden. Die regionale Wertschöpfung sei gegeben.

Die Stadt habe bereits viel zum Klimaschutz beigetragen, merkt Stadtrat **Eisele** an. Einzeln müssen die jeweiligen Maßnahmen beschlossen werden. Wirtschaftlich und privatwirtschaftlich müssen die Maßnahmen tragbar sein. Neue künftige Innovationen müssen in das Konzept eingearbeitet werden.

Stadtrat **Müller** begrüßt dieses Konzept als Leitfaden und plädiert ebenso für einen einstimmigen Beschluss. Die vorgeschlagenen Maßnahmen zeigen einen Weg zur Klimaneutralität auf. Dennoch hänge ein Erfolg von weiteren Rahmenbedingungen ab. Eine Umgehungsstraße sehe er nicht sinnvoll an, da diese mehr Verkehr fördere. Man brauche eine Verkehrswende. Viele vorgeschlagene Maßnahmen seien für den Bürger umsetzbar, dennoch eine Herausforderung für die Zivilgesellschaft. Die Verringerung der Folgen der Klimaveränderung zu erreichen, könne nur durch ein solidarisches Handeln gelingen.

Bereits im Jahre 2011 sei das Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes bei der Entwicklung von Städten und Gemeinden als Teil des Baugesetzbuches in Kraft getreten, erinnert Stadträtin **Burkhardt**. In Ludwigsburg sei dieses Thema erst seit 2016 diskutiert worden. Der Erhalt von Frischluftschneisen und ein Freiflächenkonzept haben in Konkurrenz zu Wohn- und Gewerbebau gestanden. Sie habe damals bereits die Unverbindlichkeit der Beschlussvorlage kritisiert. Zur heutigen Vorlage sehe sie kaum einen Unterschied. Ludwigsburg brauche dringend ein Gesamtverkehrskonzept. Weiter geht sie auf das Thema Mobilität ein und sieht hier eine Veränderung. Im Bereich der Bauplanung sehe sie wenige Fortschritte. Man versuche mit kleinen Maßnahmen, wie begrünte Wände und Nassreinigung, Fahrverbote zu verhindern. Der Anstieg des Autoverkehrs mache Hauptverkehrsstraßen unbewohnbar. Zudem wolle sie wissen, wie die Flächennutzungsplanung und die Landschaftsplanung realisiert werden. Sie müsse weiterhin auf die Jugend, ein weltweites Problembewusstsein und eine positive Entwicklung, hoffen.

Stadtrat **Link** wünscht eine Kontaktadresse bezüglich Kachelöfen und Staubfilter.

Die zuständige Stelle sei die Energieagentur Ludwigsburg, so Herr **Hertle**. Er wird dort dieses

Thema vorbringen.

Auf Wunsch des Gremiums lässt OBM **Dr. Knecht** über den abweichenden Empfehlungsbeschluss, wie oben eingefügt, des Ausschusses für Stadtentwicklung, Hochbau und Liegenschaften zu Ziffer 1 und Ziffer 2 getrennt abstimmen.

**Beschluss:**

1. Für die Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH (WBL), Mathildenstr. 21, 71638 Ludwigsburg, wird für den Neubau einer Kindertageseinrichtung im Gebiet Grünbühl-West (Pregelstraße 4) ein Zuschuss aus Städtebaufördermitteln des Stadterneuerungsprogramms Soziale Stadt Grünbühl/Sonnenberg/Karlshöhe zur Verfügung gestellt. Aktuell stehen für den Neubau der Kindertageseinrichtung rund 700.000 € Fördermittel zur Verfügung (städtischer Anteil ca. 280.000 €).
2. Die Verwaltung erhält den Auftrag, im Jahr 2020 beim Wirtschaftsministerium einen Aufstockungsantrag für das Stadterneuerungsprogramm Soziale Stadt Grünbühl/Sonnenberg/Karlshöhe für das Programmjahr 2021 zu stellen, um die noch weiter benötigten Fördermittel von ca. 920.000 € (städtischer Anteil ca. 358.000 €) zu beantragen.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, mit der WBL einen entsprechenden städtebaulichen Vertrag über die Gesamtsumme abzuschließen mit dem Vorbehalt, dass die Mittel in der zur Verfügung gestellten Höhe vom Zuschussgeber ausbezahlt werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Dogan  
Stadtrat Haag  
Stadtrat Lutz  
Stadträtin Dr. Traub

**Beratungsverlauf:**

Nachdem ein Sachvortrag nicht gewünscht wird, eröffnet OBM **Dr. Knecht** die Aussprache.

---

Stadtrat **Müller** stellt eine Frage zum weiteren Förderantrag und wie bei einer Nichtgenehmigung dessen verfahren werde.

Herr **Geiger** (FB Bürgerbüro Bauen) antwortet hierauf, dass ausdrücklich als Absicherung so beschlossen werde. Er gehe davon aus, dass eine Bewilligung erfolge. Bei einer Nichtbewilligung werde kein Zuschuss ausbezahlt.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt OBM **Dr. Knecht** über die Vorlage abstimmen.

---

**Beschluss:**

1. Für die Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH (WBL), Mathildenstr. 21, 71638 Ludwigsburg, wird für Abbrucharbeiten im Innenhof sowie von Gebäudeteilen im Sanierungsgebiet „SUW Jägerhofkaserne“, Flurstücke 651/0, 651/1 und 651/8, namentlich Jägerhofallee 40 und Alt-Württemberg-Allee 47 ein Zuschuss aus Städtebaufördermitteln in Höhe von bis zu 440.000 Euro im Haushaltsjahr 2020 gewährt. Der städtische Anteil dieser Förderung beträgt 40% (176.000 Euro). Die Abbruchmaßnahmen sind bis 30.06.2020 umzusetzen.
2. Die Verwaltung erhält den Auftrag, die darüber hinaus benötigten Mittel in Höhe von 820.000 Euro für die Haushaltsberatungen für das Jahr 2021 anzumelden. Der städtische Anteil an den Gesamtkosten in Höhe von 1.260.000 Euro beträgt insgesamt 504.000 Euro (40%).
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, mit der WBL einen entsprechenden Ordnungsmaßnahmenvertrag über die Gesamtsumme mit dem Vorbehalt der Haushaltsberatungen für das Jahr 2021 abzuschließen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Haag  
Stadträtin Dr. Knoß  
Stadtrat Lutz  
Stadtrat Müller  
Stadträtin Dr. Traub

**Beratungsverlauf:**

Nachdem kein Sachvortrag und keine Aussprache gewünscht werden, lässt OBM **Dr. Knecht** über die Vorlage abstimmen.

**Beschluss:**

Aufgrund von §172 Abs.1 Nr.1 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit §4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) wird folgende Erhaltungssatzung „Historischer Ortskern Eglosheim“ (Anlagen 1, 1a, 2 und 3) beschlossen:

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend:     Stadtrat Haag  
                          Stadtrat Lutz  
                          Stadträtin Dr. Traub

**Beratungsverlauf:**

BMin **Nießen** merkt an, dass sich die zu beschließenden Erhaltungssatzungen von den bisher bestehenden Erhaltungssatzungen nicht unterscheiden. Die Satzung sei eine Empfehlung, kein Zwang. Es gehe um den Erhalt schützenswerter Bausubstanz, insbesondere in den historisch geprägten Stadtteilen. Man wolle mit den Eigentümern ins Gespräch kommen. Die Wirtschaftlichkeit spiele hier ebenso eine Rolle. Das baukulturelle Erbe solle für die Nachkommen erhalten werden. Sie geht auf die aktuelle Sachlage eines Abrisses im Stadtteil Eglosheim und die Berichterstattung hierzu ein. Der Abriss sei aufgrund wirtschaftlicher Erwägungen erfolgt. Der Bürgerverein befürwortet den Beschluss der Erhaltungssatzung und wird den Weg begleiten.

Stadtrat **Bauer** wird der Vorlage zustimmen und lässt die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Hochbau und Liegenschaften vom 16.01.2020 Revue passieren. Ebenso solle in Eglosheim der historische Verein einbezogen werden.

Stadtrat **Link** stehe hinter der Erhaltungssatzung. Dennoch habe er sich für Eglosheim im Sinne der Bürgernähe eine zeitliche Verschiebung gewünscht.

Jeder Stadtteil solle seinen Charakter erhalten, so Stadtrat **Rothacker**. Er wünscht eine gemeinsame Abstimmung der Vorlagen 442/19 und 526/19. Der Gestaltungsbeirat stellt eine Empfehlung aus und keine Beschlüsse. Dies sei auch für die Bevölkerung wichtig. Man wolle die einzigartigen Facetten der Stadtteile erhalten. Leider seien viele Prachtgebäude bereits nicht mehr vorhanden.

Stadträtin **Liepins** wird einer Erhaltungssatzung in allen Stadtteilen zustimmen. Diese sei außerordentlich wichtig. Dennoch müsse geklärt werden, wie bei Konflikten mit den Eigentümern, umgegangen werde, wie auch zum Thema Zumutbarkeit. Bei einer aufwendigen Sanierung müsse über eine finanzielle Hilfeleistung nachgedacht werden. Hierzu werde sie in den nächsten Tagen einen Antrag einbringen.

Die privaten Interessen der Eigentümer solle nicht extrem beschränkt werden, so Stadtrat **Eisele**. Er will nähere Informationen zu einem eventuellen Übernahmeanspruch gegenüber der Kommune. Er könne sich der Vorrednerin anschließen und wird der Vorlage zustimmen.

Eine Erhaltungssatzung für alle Stadtteile sei dringend erforderlich, so Stadträtin **Burkhardt** und für das Ludwigsburger Stadtbild wichtig. Weiter geht sie auf den Abriss des stadtbildprägenden Gebäudes in Eglosheim ein. Leider sei die Sanierungssatzung aufgehoben worden, diese hätte erhalten bleiben sollen. Im Gestaltungsbeirat werde bereits das Thema eines finanziellen Anreizes diskutiert. Die Verpflichtung gegenüber einem historischen Gebäude könne hierdurch erleichtert werden. Künftige Abrisse sollen verhindert werden.

BMin **Nießen** teilt mit, dass die Sanierungssatzung aufgrund weniger Anfragen aufgehoben sei. Alle Vorhaben werden im Gestaltungsbeirat besprochen. Hier werde über die Wirtschaftlichkeit, Maß und Ziel diskutiert. Im aktuellen Abrissfall haben Gespräche stattgefunden und weitere werden folgen.

Herr **Kurt** (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) wird das Thema Übernahmeanspruch recherchieren. Weiter geht er auf den Denkmalschutz ein. Die Erhaltungssatzung gebe viele Freiräume. Die Frage der Fördermöglichkeiten gehöre diskutiert und politisch entschieden. Das Ziel sei mit dem Eigentümer eine einvernehmliche Lösung zu finden.

Stadtrat **Remmele** geht auf Eglosheim ein. Man müsse ebenso die Bausubstanz betrachten und nicht nur die Fassade. Die Eigentümer haben Ängste und Sorgen. Das aktuelle Abrisshaus sei nicht erhaltenswürdig gewesen.

Im aktuellen Einzelfall sei man noch früh im Verfahren gewesen, merkt Herr **Geiger** (FB Bürgerbüro Bauen), an. Ein Eigentümer habe keine Mehraufwendungen, als der Wert der entstehenden Immobilie, zu befürchten. Es werde eine Wirtschaftlichkeitsberechnung erstellt. Dennoch sei ein eventueller Wertgewinn nicht realisierbar.

OBM **Dr. Knecht** schlägt vor diesen Tagesordnungspunkt zusammen mit Tagesordnungspunkt 7 abzustimmen. Das Gremium zeigt sich hiermit einverstanden. Somit ruft er die Vorlage 442/19 und 526/19 zur Abstimmung auf.

**Beschluss:**

Aufgrund von § 172 Abs. 1 Nr. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 4 der Gemeindeverordnung für Baden-Württemberg (GemO) wird folgende Erhaltungssatzung „Historischer Ortskern Hoheneck“ (Anlagen 1, 1a, 2 und 3) beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend:     Stadtrat Haag  
                          Stadtrat Lutz  
                          Stadträtin Dr. Traub

**Beratungsverlauf:**

Das Gremium zeigt sich damit einverstanden, dass dieser Tagesordnungspunkt gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 6 beraten und abgestimmt wird.

**Beratungsverlauf:**

Vor Eintritt in die Tagesordnung setzt OBM **Dr. Knecht** diesen Tagesordnungspunkt ab. Als Beratungsfolge sind die Sitzungen des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 11.02.2020 und der Gemeinderat am 19.02.2020 vorgesehen. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, dass es einen Fehler im Kopiervorgang gegeben habe. Das Recht sei richtig angewendet worden.

**Beschluss:**

Gemäß den Richtlinien für die Bildung von Stadtteilausschüssen vom 25.04.2018 wird auf Vorschlag der Freien Wähler-Fraktion vom 20.11.2019

Herr Jürgen Rommel, Kastanienallee 50/1, 71638 Ludwigsburg

als Mitglied in den Stadtteilausschuss Oststadt berufen. Das bisherige Mitglied Frau Angelika Heger scheidet aus dem Stadtteilausschuss aus.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Haag  
Stadtrat Lutz  
Stadträtin Dr. Traub

**Beratungsverlauf:**

Nachdem kein Sachvortrag und keine Aussprache gewünscht werden, lässt OBM **Dr. Knecht** über die Vorlage abstimmen.

**Beschluss:**

Gemäß den Richtlinien für die Bildung von Stadtteilausschüssen vom 25.04.2018 wird auf Vorschlag der SPD-Fraktion vom 15.01.2020

Frau Kerstin Züfle, Erwin-Bälz-Straße 13, 71636 Ludwigsburg

als Mitglied in den Stadtteilausschuss Pflugfelden berufen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Haag  
Stadtrat Lutz  
Stadträtin Dr. Traub

**Beratungsverlauf:**

Nachdem kein Sachvortrag und keine Aussprache gewünscht werden, lässt OBM **Dr. Knecht** über die Vorlage abstimmen.

**Beratungsverlauf:**

OBM **Dr. Knecht** gibt die Eilentscheidung (Vorl. Nr.524/19) über die Lieferung von Bürodrehstühlen und Büromöbeln für die Gesamtverwaltung, die Eigenbetriebe, sowie die Schulen und Kindertagesstätten in Trägerschaft der Stadt Ludwigsburg, bekannt. Im Anschluss schließt OBM Dr. Knecht den öffentlichen Teil der Sitzung.